

«Thorberg soll nicht Ballenberg sein»

Regina Schneeberger

KRAUCHTHAL Wird die Justizvollzugsanstalt geschlossen, hat das Auswirkungen auf das Dorf. Dass der Kanton die Gemeinde nicht involviert hat, damit ist Gemeindepräsident Beat Lauber nicht einverstanden.

Fast 200 Jahre lang ist der Thorberg eine Strafanstalt. Nun könnte das wohl bekannteste Gefängnis der Schweiz schon bald Geschichte sein. Die Polizei- und Militärdirektion (POM) forderte in der am Montag veröffentlichten Justizvollzugsstrategie für vier der neun Gefängnisse im Kanton Total-sanierungen oder gar Ersatzbauten (wir berichteten). Im Emmental sind zwei Justizvollzugsanstalten (JVA) davon betroffen - das Frauengefängnis in Hindelbank (siehe Kasten) und die JVA Thorberg.

Für Letztere wäre ein Neubau mit rund 300 Plätzen die sinnvollere Variante, wie Thomas Freytag, Vorsteher des Amtes für Freiheitsentzug und Betreuung, am Montag gegenüber dieser Zeitung sagte. Ein Neubau, der möglicherweise im Berner Jura statt im Emmental zu stehen kommen wird. Und zwar in Prêles.

Eine wegweisende Stossrichtung für die Gemeinde Krauchthal, auf deren Boden sich die Justizvollzugsanstalt heute befindet. Zeitgleich wie die Medien habe er von der Strategie erfahren, sagt Beat Lauber, Gemeindepräsident von Krauchthal. Und mit der Informationspolitik des Kantons ist er nicht einverstanden. «Wir leben seit 200 Jahren mit dem Gefängnis, und nun trifft der Kanton, ohne bei uns anzuklopfen, einen solch wegweisenden Entscheid», sagt er. Sie hätten uns involvieren sollen, unseren Standpunkt berücksichtigen sollen, so Lauber. Schliesslich seien mit dem Entscheid auch Arbeitsplätze verknüpft 12 Mitarbeiter sind in Krauchthal wohnhaft, sagt der Direktor des Thorbergs, Thomas Egger, auf Anfrage. Zudem würden jährlich Lebensmittel im Wert von 200 000 Franken von Zulieferern aus der Gemeinde bezogen.



Schon bald kein Gefängnis mehr? Was mit dem Thorberg passiert, ist ungewiss.

Foto :Beat Mathys

Noch kein Entscheid

Der Gemeindepräsident sei über die Veröffentlichung der Justizvollzugsstrategie bereits letzte Woche informiert worden, hält Thomas Freytag, Vorsteher des Amtes für Freiheitsentzug und Betreuung, fest. Zudem handle es sich noch nicht um einen Standortentscheid, sondern nur um eine Strategie für die nächsten 15 Jahre. Deshalb habe man die betroffenen Gemeinden noch nicht involviert. Bis zum Vorliegen des definitiven Standortentscheides habe es keine unmittelbaren Konsequenzen für die Gemeinde oder die Mitarbeitenden. Wann genau und ob es überhaupt zur Schliessung des Thorbergs komme, stehe derzeit aber noch nicht fest, sagt Freytag.

Klar scheint hingegen, dass die Ausbaumöglichkeiten auf dem Thorberg beschränkt sind. Zwar wäre ein Ausbau von heute 180 auf 200 Plätze machbar. Allerdings wäre der Betrieb einer modernen Justizvollzugsanstalt wegen der Platzverhältnisse kaum möglich, wie die Strategie des POM festhält.

Vorwärtsstrategie fahren

«Dieses Problem ist hausgemacht», meint Beat Lauber. Solche Bauten unter Denkmalschutz stellen sei eine Hürde, die sich der Kanton selbst auferlege. Natürlich sei es einfacher,

eine Anstalt auf flacher Wiese neu zu bauen, als einen Ausbau auf dem Thorberg vorzunehmen.

«Aber ich habe mir etwas mehr Weitsichtigkeit erhofft», sagt der Gemeindepräsident. Schliesslich müsse ja der Thorberg bei einer Umnutzung auch umgebaut werden. Was mit den alten Bauten passiere, dürfe bei solchen Entscheidungen nicht das Killerkriterium sein, sagt Thomas Freytag. Schliesslich gehe es darum, eine Vorwärtsstrategie zu fahren und die JVA dort zu betreiben, wo dies zeitgemäss möglich sei. «Natürlich müssen wir aber den Umbau der alten Gebäude bei den Kosten einberechnen», so Freytag.

| HINDELBANK |

Alt, teuer und mit Sicherheitslücken

Wie Thorberg ist auch das Frauengefängnis von der Justizvollzugsstrategie 2017 bis 2032 betroffen. Doch dort geht es vor allem um die Standortfrage innerhalb der Gemeinde.

Auch Hindelbank ist eine Gemeinde, die weit über das Emmental hinaus bekannt ist. Und dies, wie auch Krauchthal, wohl auch nur aus einem einzigen Grund: wegen der ansässigen Justizvollzugsanstalt (JVA) -dem einzigen Frauengefängnis der Deutschschweiz. Auch dort horchten die lokalen Behörden am Montag auf, als die kantonale Polizei- und Militärdirektion (POM) ihre Justizvollzugsstrategie veröffentlichte. Gemeindepräsident Daniel Wenger war aber nicht gleich so vor den Kopf gestossen wie sein Kollege in Krauchthal. Aus zwei Gründen: Er hatte das kantonale Papier schon gut 48 Stunden vorher zu Gesicht bekommen -und er wusste schon eine Weile, dass das Frauengefängnis mehr als eine Sanierung nötig hat.

Wird der Thorberg umgenutzt, erhofft sich Lauber vor allem eines: Es sollte dort oben in irgendeiner Form weitergehen, ein Betrieb geführt werden, der Arbeitsplätze schafft. Denn, so findet er: «Der Thorberg soll nicht zu einem Ballenberg werden.»

Gibt es einen Ersatzstandort?

Wenger bestätigt am Telefon, was auch im Bericht des POM steht: Die Gebäude sind alt, haben deshalb hohe Unterhaltskosten zur Folge, sind nicht für die heutigen Anforderungen konzipiert, und die Lücken in den Sicherheitsanlagen könnten nur mit einem massiven zusätzlichen Personalaufwand kompensiert werden. Etwas gestutzt hat Wenger aber dann doch, als er in dieser Zeitung über die JVA Hindelbank las, was das Strategiepapier für die Frauenanstalt vorsieht. Nämlich einen Neubau - und zwar entweder am heutigen Standort oder auf einer anderen Parzelle. Und dass bereits ausgearbeitete Projekte bestünden.

Davon weiss Wenger nichts: «Konkret am Laufen ist gar nichts», sagt er. «Wir hatten mit dem Kanton Kontakt. Aber das ist eine Weile her.» Und einem Ersatzstandort innerhalb der Gemeinde steht er sowieso kritisch gegenüber. Ganz einfach, weil er keinen sieht. Man habe das bisher zwar noch nicht genauer angeschaut, sagt er. «Wir haben uns aber immer klar nur für den bisherigen Standort ausgesprochen.» Einen Neubau und eine Erweiterung des Perimeters hält Wenger dort für machbar. «Eine andere Alternative sehen wir nicht.»

Es brauchte ein Provisorium

Weshalb der Kanton trotzdem einen anderen Standort ins Auge fassen, erklärt der Vorsteher des Amtes für Justizvollzug, Thomas Freytag: «Eine Justizvollzugsanstalt kann man nicht einfach vorübergehend schliessen», sagt er und meint damit, dass ein Neubau am bestehenden Ort etliche Nachteile mit sich bringen würde. So müsste etwa für die Zeit der Bauarbeiten ein Provisorium erstellt werden. Denn freie Plätze in anderen Gefängnissen gebe es schlicht nicht. Das würde zum einen eine Mehrbelastung für alle Beteiligten, gerade auch für die Angestellten der JVA, nach sich ziehen. Zum anderen müssten, sagt Freytag, Kosteneinsparungen bei neu gebauten Infrastrukturen langfristig betrachtet werden. Deshalb werde seine Behörde mit dem Amt für Grundstücke und Gebäude alternative Lösungen innerhalb der Gemeinde prüfen. Grundsätzlich sei das Strategiepapier aber ganz klar ein Bekenntnis zum Standort Hindelbank, der sich bewährt habe, sagt Freytag. Dass ein Gefängnis in der Gemeinde von den Einwohnern akzeptiert werde, sei schliesslich nicht selbstverständlich, *mbu*